

Lesefassung

Hauptsatzung der Gemeinde Marnitz

Die Lesefassung beinhaltet die Hauptsatzung der Gemeinde Marnitz vom 14.10.2009, die 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Marnitz vom 26.10.2011 und die 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Marnitz vom 22.10.2013.

§ 1

Name/Wappen/Flagge/Dienstsiegel

- (1) Die Gemeinde Marnitz führt ein Wappen, eine Flagge und ein Dienstsiegel.
- (2) Das Wappen zeigt in Gold über blauem Schildfuß, darin fünf (3 : 2) goldene Kugeln, einen schreitenden, den linken Vorderfuß anhebenden schwarzen Stier.
- (3) Die Flagge der Gemeinde ist gleichmäßig längsgestreift von Blau und Gelb. In der Mitte des Flaggentuches liegt, auf jeweils zwei Drittel der Höhe des blauen und des gelben Streifens übergreifend, das Gemeindewappen. Die Länge des Flaggentuches verhält sich zur Höhe wie 5 zu 3.
- (4) Das Dienstsiegel zeigt das Gemeindewappen mit der Umschrift „GEMEINDE MARNITZ“.
- (5) Die Verwendung des Wappens durch Dritte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters.

§ 2

Gemeindegebiet

Die Gemeinde besteht aus den Ortsteilen Marnitz, Jarchow, Leppin und Mooster. Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.

§ 3

Rechte der Einwohner

- (1) Der Bürgermeister kann aufgrund wichtiger Vorhaben oder Vorkommnisse eine Versammlung der Einwohner der Gemeinde einberufen. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.
- (3) Die Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Gemeindevertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.
- (4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.

§ 4

Gemeindevertretung

- (1) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
 1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen
 2. Steuer- und Abgabenangelegenheiten Einzelner
 3. Grundstücksgeschäfte
 4. Vergabe von Aufträgen

Die Gemeindevertretung kann im Einzelfall, sofern rechtliche Gründe nicht entgegenstehen, Angelegenheiten der Ziffern 1 – 4 in öffentlicher Sitzung behandeln.

- (3) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vor der Gemeindevertretersitzung beim Bürgermeister eingereicht werden.
Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden.

§ 5

Ausschüsse

- (1) Ein Hauptausschuss wird nicht gebildet.
- (2) Die Ausschüsse der Gemeindevertretung setzen sich, soweit nichts anderes bestimmt ist, aus höchstens drei Gemeindevertretern und zwei sachkundigen Einwohnern zusammen.
- (3) Folgende Ausschüsse werden gemäß § 36 KV M-V gebildet:

Name

Aufgabengebiet

Finanzausschuss

Personal- und Organisationsfragen
Finanz- und Haushaltswesen
Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige
Abgaben

Ausschuss für Gemeindeentwicklung,
Bau, Verkehr und Umweltschutz

Flächennutzungsplanung, Bauleitplanung,
Wirtschaftsförderung, Hoch-, Tief- und Straßen-
bauangelegenheiten, Denkmalpflege, Umwelt-
und Naturschutz, Landschaftspflege

Ausschuss für Schule, Jugend,
Kultur, Sport und Senioren

Betreuung der Kultureinrichtungen, Kultur-
förderung und Sportentwicklung, Jugendförde-
rung, Kindertagesstätten, Sozialwesen, Fremden-
verkehr, Seniorenbetreuung

Rechnungsprüfungsausschuss

Durchführung der örtlichen Prüfung gem.
Kommunalprüfungsgesetz

- (4) Die Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich.

§ 6

Bürgermeister/Stellvertreter

- (1) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen:
 1. über Verträge, die auf einmalige Leistungen bis zur Höhe von 1.000 € gerichtet sind sowie bei wiederkehrenden Leistungen von 500 € pro Monat
 2. über überplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 10 % der betreffenden Haushaltsstelle, jedoch nicht mehr als 250 € sowie bei außerplanmäßigen Ausgaben bis zur Höhe von 500 € je Ausgabenfall.
 3. bei Veräußerung oder Belastung von Grundstücken von 5.000 €, bei Hingabe von Darlehen die innerhalb eines Haushaltsjahres zurückgezahlt werden von 10.000 € sowie bei Aufnahme von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes von 50.000 €.
- (2) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen gemäß Abs. 1 zu unterrichten.
- (3) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen zur Annahme von Spenden, Schenkungen und Sponsorenleistungen bis zu einem Betrag von 100 €. Entscheidungen über die Annahme darüber hinausgehender Beträge hat grundsätzlich die Gemeindevertretung zu treffen.
- (4) Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 5.000 € bzw. bei wiederkehrenden Verpflichtungen von 1.000 € pro Monat können vom Bürgermeister allein bzw. durch einen von ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 10.000 €.

§ 7

Entschädigungen

- (1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für die Teilnahme an Sitzungen
 - der Gemeindevertretung
 - der Ausschüsse, in die sie gewählt sind,eine pauschalisierte sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 €.
- (2) Ausschussvorsitzende bzw. sie vertretende Personen erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung eine pauschalisierte sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe des Eineinhalbfachen des in Absatz 1 genannten Betrages.
- (3) Der Bürgermeister erhält eine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 555 € im Monat.
- (4) Bei Verhinderung des Bürgermeisters über einen Zeitraum von 14 Tagen hinaus entfällt ab dem 15. Tag die Aufwandsentschädigung für den Bürgermeister. In diesem Fall erhält der Stellvertreter die Aufwandsentschädigung für jeden weiteren Tag der Vertretung in Höhe von 1/30 pro Tag des in Abs. 3 genannten Betrages.
- (5) Die Gemeinde gewährt den sachkundigen Einwohnern für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine pauschalisierte sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 € pro Sitzung.

§ 8

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde erfolgen durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Eldenburg Lüz „Turmblick“.
- (2) Das Bekanntmachungsblatt des Amtes erscheint 1 x im Monat und wird kostenlos in alle Haushalte der Gemeinde geliefert.
Das Bekanntmachungsblatt kann einzeln oder im Abonnement bezogen werden bei:

Verlag + Druck Linus Wittich KG
Röbeler Straße 9
17209 Sietow

- Die Bekanntmachung und Verkündung ist mit Ablauf des Erscheinungstages bewirkt.
- (3) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
 - (4) Vereinfachte Bekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln. Die Bekanntmachungstafeln befinden sich
 - vor dem Gebäude des Bürgerbüros, Ringstr. 1, 19376 Marnitz
 - Platz des Friedens, 19376 Marnitz
 - zwischen den Grundstücken Dorfstr. 2 und 3, 19376 Mooster
 - gegenüber dem Grundstück Dorfstr. 3, 19376 Leppin
 - gegenüber dem Grundstück Dorfstr. 7, 19376 Jarchow.

Auf den Aushang/die Auslegung ist in der Form des Abs. 1 hinzuweisen. Absatz 3 Satz 3 ist gleichfalls anzuwenden.

- (5) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in üblicher Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist diese durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln zu veröffentlichen. Die Aushangfrist beträgt 14 Tage.
- (6) Öffentliche Bekanntmachungen zu den Sitzungen der Gemeindevertretung erfolgen durch Aushang an den unter Abs. 4 genannten Bekanntmachungstafeln.
Die Aushangfrist beträgt 5 Tage.

§ 9

Inkrafttreten

Marnitz, den 22.10.2013

gez. Buchholz
Bürgermeister